

Verkehrsregeln sind keine Bevormundung

Zum Thema «Velofahrer, die die Strassensignalsation missachten». Wiederholt werden von Zweiradfahrern in der Stationsstrasse in Buchs und am Bahnhof die Verkehrsregeln verletzt. Einige dieser Geisterfahrer biegen schon nach der Mülibachbrücke in verbotener Fahrtrichtung, weil Einbahnstrasse im Gegenverkehrsrichtung (und eben nicht im Uhrzeigersinn!), in die Stationsstrasse ein, um ihre Fahrzeuge dort abzustellen.

Andere fahren auf beiden Seiten der Gleise – ebenfalls verbotenerweise – über die Rollwege durch die Unterführung. Das ist rücksichtslos und selbstmörderisch, aus innerer Bequemlichkeit, Gedankenlosigkeit und Ambivalenz zum Strassenverkehrsgesetz. In einigen Fällen wäre es auch beinahe schon zu sehr schweren Unfällen gekommen. Man sollte sich einmal sehr gut überlegen, was damit anderen – und vor allem sich selber – angetan wird, und führe sich Ausmass, Tragweite, Folgen, Umtriebe, Haftung und Verantwortung vor Augen, die solches Tun und Handeln nach sich ziehen. Entweder schiebt man

nach der Mülibachbrücke auf dem Trottoir das Velo bis zu den Veloständern, oder aber, man fährt geradeaus an der CL-Electronics und dem angrenzenden Wohnblock vorbei bis ins Wüeri, wo die Situation viel übersichtlicher und viel sicherer ist, und biegt erst nachher dorthin links ab. In der verbotenen Einfahrt ist ein Bogen in Richtung Wüeri enthalten. Dort ist es besonders gefährlich, weil am andern Ende im toten Winkel nicht ersichtlich ist, was als wohl möglich böse Überraschung entgegenkommen kann (fehlende Reaktionszeit!). Zudem wird beidseitig die Rechtsvorrangsregel verletzt.

Mit etwas mehr gutem Willen kann man, statt ein solches Harakiri auf dem letzten Drücker zu riskieren, sehr wohl fünf oder zehn Minuten früher von zu Hause abfahren. Verkehrsregeln sind nämlich keine Bevormundung, sondern für uns eine Orientierungshilfe für die korrekte Handhabung. Man muss es nämlich nur positiv genug betrachten, statt gleich immer nur das Negative hinter allem zu suchen. – Zwar ein kleiner Umweg, aber für die eigene Sicherheit! *John Stratton, Buchs*



LESERFOTO

Diese Löwenzahnblume wurde am 28. Januar bei der Panzerpiste entdeckt. Bild: Marie Louise Boda, Bülach

Keine Profiteure der Personenfreizügigkeit

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 9. Februar über die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung».

Wir alle spüren die negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit tagtäglich. Sei es im Verkehr, in Form von verteuertem Wohnraum oder dem Druck auf unsere Löhne. Trotzdem versucht man, uns weiszumachen, dass die Personenfreizügigkeit Garant für unseren Wohlstand sei. Es wird jedoch verschwiegen, dass die Schweiz bereits vor der Masseneinwanderung ein identisches starkes Wirtschaftswachstum erzielt hat, wie dies heute der Fall ist.

Unsere Wachstumsraten haben sich nachweislich seit der Einführung der Personenfreizügigkeit nicht im Geringsten verbessert. Die gestiegene Wirtschaftsleistung ist vielmehr darauf zurückzuführen, dass die Schweiz gegenüber der Vergangenheit mehr Doppelverdiener zählt. Wir alle sind demnach eigener Baumeister unseres Erfolges, bereit, Opfer zu bringen, viel und hart zu arbeiten. Viel weniger sind wir einfache Profiteure der Personenfreizügigkeit, so wie uns dies die Linken und einzelne Wirtschaftsvertreter weismachen wollen.

Genauso wie die Wirtschaft nach günstigem Strom und Kredite verlangt, will sie über ein Reservoir an Arbeitskräften verfügen. Vor der Personenfreizügigkeit wurde dies kontrolliert sichergestellt. Personal konnte jederzeit aus dem weltweiten Ausland bezogen werden, sofern entsprechende Fachkräfte im heimischen Markt fehlten. Mit der Personenfreizügigkeit wurde jedoch ein unkontrollierbarer Ozean an billigen Arbeitskräften geschaffen, jederzeit verfügbar, jederzeit dem Sozialstaat wieder abschleppbar. Und das Menschenmeer verspricht dem blauäugigen und kurzfristig denkenden Wirtschaftskapitän einen zusätzlich wachsenden Heimmarkt.

Kurzfristig so zu funktionieren ist wahrlich keine unternehmerische Meisterleistung. Langfristig bleibt der einzelne Mensch dabei auf der Strecke. Statt unsere Agilität zu wahren, werden wir durch die Masseneinwanderungsträger und bauen unsere Zukunft auf einem Moloch. Aus diesem Grund stimme ich am 9. Februar Ja gegen die Masseneinwanderung, aus tatsächlicher und weitsichtiger Liebe zur Schweiz.

Stefan Schmid, Niederglatt

Zuwanderung bedingt mehr ÖV

Zu den Abstimmungen über die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» und über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (Fabi). Ich warte seit Wochen und Monaten auf all jene, die unserer Heimat Sorge tragen wollen. Hinzu kommt, dass es mir scheint, der ganze Bundesrat habe eine unheimliche Angst, die Initiative könnte angenommen werden.

Ich bin grundsätzlich sicher nicht gegen die Zuwanderung, aber: Je mehr Leute hier in der Schweiz wohnen, desto mehr Wohnungen müssen bereitgestellt werden; desto mehr Platz brauchen wir in den Spitälern, desto mehr Kinderhorte/Betreuungsplätze sind nötig, desto mehr Autos fahren auf unseren Strassen, desto mehr Leute fahren mit dem öffentlichen Verkehr usw. Wollen wir tatsächlich unsere Schweiz betonieren? Hat nicht unser Parlament den Auftrag, die Zersiedelung zu stoppen? Hat nicht das Parlament den Auf-

trag, das zu regeln, was das Volk will? Tun sie das?

Dann kommt noch passend die Vorlage für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs (Fabi)! Bundesrätin Doris Leuthard will uns plausibel machen, dass die Kosten von Bund, Kantonen und den Benutzern getragen werden sollen – diese Formulierung ist doch schlicht und einfach frech. Wenn Frau Leuthard meint, dass die Kosten eben von den erwähnten Stellen mitgetragen werden, so sollte sie doch wissen, dass auch sie ihr Salär aus den Steuern der Schweizer bezieht und dass sowohl der Staat als auch der Kanton von den Steuerzahlern finanziert wird! Wo sind die vielen Millionen, welche die Autofahrer mit der Benzinsteuer bereits berappt haben? Sollen wir erneut gemolken werden und anschliessend die Dummen sein? Ganz klar für mich: Einwanderung Ja, Finanzierung ÖV Nein.

Bruno Sommerhalder, Niederglatt

Bahnwahn muss abgelehnt werden

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 9. Februar über Finanzierung und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (Fabi).

Es ist unverständlich, dass sich die Platzhirsche im Ständerat über sämtliche Warnungen hinwegsetzen und die Investitionen in die Bahninfrastruktur von 3,5 auf 6,4 Milliarden Franken aufstockten! Bluten sollen die Pendler über Abzüge und höhere Billettpreise. Regelmässig stellen diese Politiker ihre Ohren auf Durchzug, wenn Transparenz über die Verwendung des Benzinpreiszuschlags eingefordert wird! Die Strassenbenützer bezahlen an diese Bahninfrastruktur Jahr für Jahr Unsummen, aber die Gelder werden dauernd zweckentfremdet! Jahrelang ist offenbar der Unterhalt der Anlagen vernachlässigt worden, grosszügig zeigten sich die Politiker nur gegenüber Europa.

Man baute die Neat, man baute und baut noch an den Grenzen an Gleisanlagen, damit der Personen- und Güterverkehr ab Grenze gewährleistet ist. All dies bezahlen selbstverständlich der Schweizer Steuerzahler und die Steuerzahlerin, ohne die Zusicherung notabene, ob diese Gelder jemals wieder ins

Land zurückfliessen werden. Vielleicht hätte SBB-Chef Andreas Meyer bei der Beschaffungsvergabe der 59 Doppelstock-Neigezüge an Bombardier weniger klotten und mehr Bescheidenheit an den Tag legen sollen. Bombardier kann offenbar nicht fristgerechte Lieferung garantieren, und Meyer ärgert sich nun über alle Massen. Er verspricht, der Firma und ihren säumigen Zulieferern Beine zu machen. Ich wage zu behaupten, dass Stadler Rail, die übrigens um 100 Millionen günstiger offerierte, aber leider nicht berücksichtigt wurde, der verlässlichere Partner gewesen wäre!

Unter Bombardier Schweiz kann sich jedermann selber informieren, was da bestellt wurde. Bleibt zu hoffen, dass die mit neuartiger Technologie bestückten Doppelstöcker nicht dereinst ins gleiche Desaster fahren, wie wir es erleben bei den italienischen Cisalpino-Zügen. Aus all diesen und vielen anderen, bereits erwähnten Gründen verdient diese grössenwahnsinnige Mogelpackung nur eines, nämlich ein absolut klares Nein!

*Margrit Aerni
Bachenbülach*

Masslose Zuwanderung befürworten ist verantwortungslos

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 9. Februar über die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung».

Infolge der weltweiten Überbevölkerung generiert die Schweiz als sicherer und prosperierender Staat mit hoher Lebensqualität logischerweise überproportional viel Zuwanderung aus dem Ausland. Mit den negativen Folgen (Wohnungsknappheit, beschränkter Lebensraum, Verkehrsüberlastung, Kriminalität usw.) werden wir täglich konfrontiert.

Wir können unser Problem nun aktiv angehen, oder wir können es aus Furcht vor der Europäischen Union (EU) weiter verdrängen und schönreden. Im Vorfeld der Abstimmung versucht der Schweizer Bundesrat das Stimmvolk mit tendenziösen Fernsehauftritten und neuen flankierenden Massnahmen im Bereich der Mieten und im Sozialwesen für sich zu beeinflussen. Verbessert wird dadurch aber gar nichts, denn die

Schweiz ist mit der praktizierten Personenfreizügigkeit bereits total überfordert.

Die Situation ist mit einem ausverkauften Fussballspiel oder einem Popkonzert vergleichbar. Wenn die Veranstalter aus reinem Eigennutz weitere Tickets verkaufen und zu viele Menschen ins Stadion einlassen, handeln sie verantwortungslos und ignorieren die Sicherheit des Publikums.

In der Politik verhält es sich genauso. Nur mit einem überzeugten Ja zur Initiative «Gegen die Masseneinwanderung» können wir noch Gegensteuer geben und die Souveränität der Schweiz zurückgewinnen. Andernfalls droht uns ein ähnliches Schicksal wie seinerzeit den Indianern von Nordamerika. Sie vermochten die masslose Einwanderung nicht zu verhindern. Heute leben sie in Reservaten!

*Jakob J. Blattmann
Niederhasli*

ABSTIMMUNGEN

Redaktionsschluss

Am Dienstag, 4. Februar, publizieren wir die letzten Leserbriefe zum Urnengang vom 9. Februar. Redaktionsschluss war am Donnerstag, 30. Januar.

Die Redaktion

Ein Nein aus Selbstachtung

Zur eidgenössischen Abstimmung vom 9. Februar über die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung».

Es geht nicht um den Sitzplatz im Bus. Auch nicht in erster Linie um den Hunger der Wirtschaft nach Arbeitskräften und Konsum. Und für den Schutz vor überhöhten Mieten und Dumpinglöhnen sind andere Massnahmen erforderlich. Worum es geht, ist: Soll sich die Schweiz wie ehemals Fremdarbeiter halten, reine Arbeitskräfte, die solange hier hausen dürfen, wie sie rentieren, weit weg von ihrer Familie und abhängig vom Wohlwollen eines Arbeitgebers? Zurück zum Saisonierstatut?

Sind wir denn noch nicht weiter, ist uns das wirklich nicht zu schäbig?

Wer genug Selbstachtung hat, so etwas nicht zulassen zu wollen, wird deshalb ganz dringend sein Nein zur Kontingenzinitiative einlegen.

Claudia Forni, Bülach

IMPRESSUM

Erscheint täglich von Montag bis Samstag
Auflage 19 441 Expl., Donnerstag: 77 323 Expl.
(WEMF-beglaubigt 2013)

Redaktion Zürcher Unterländer, Grenzstrasse 10, 8180 Bülach. **Telefon:** 044 854 82 82. **Fax:** 044 853 06 90. **E-Mail:** region@zuonline.ch. **Online:** www.zuonline.ch.

Etwas gesehen, etwas gehört? Tel. 0800 00 82 92.

Chefredaktion

Chefredaktor: Benjamin Geiger (bg). **Stv. Chefredaktor:** Cyprian Schnoz (cy).

Regionalredaktion

Leitung: Cyprian Schnoz (cy). **Redaktion:** Marco Azoni (az), Fabian Boller (fab), Caroline Bossert (cab), Andreas Frei (af), Alexander Lanner (all), Kathrin Morf (kam), Ilda Özalp (iö), Florian Schaefer (flo), Christian Wüthrich (cwü), Heinz Zücher (hz), Petra Zürcher (pez).

Redaktion Furttaler

Leitung: Karin Wenger (kwe). **Redaktion:** Anna Béard (anb).

Redaktion Rumlanger

Inga Struve (ist).

Sportredaktion

Leitung: Renato Cecchet (rce). **Redaktion:** Mariša Kury (mak), Peter Weiss (pew), Markus Wyss (mw).

Fotografen

Leitung: Madeleine Schoder (mas). **Fototeam:** David Küenzi (dak), Sibylle Meier (sim), Balz Murer (mu).

Agenda

Martin Allemann (alm), Annemarie Chiabotti (ac).

Mantelredaktion (überregionale Ressorts)

«Landbote», «Zürchsee-Zeitung», «Zürcher Unterländer» und «Zürcher Oberländer» sind Partner im Medienverbund «Zürcher Regionalzeitungen ZRZ».

c/o Redaktion Landbote, Telefon 052 266 99 01, redaktion@landbote.ch

Leitung: Colette Gradwohl. **Kanton Zürich:** Sabine Arnold (sa), Marius Huber (hub), Thomas Marth (tma), Thomas Schraner (tsc), Anna Wepfer (awe). **Inland, Ausland, Wirtschaft, Letzte:** Michael Brunner (Bundeshaus, mbr), Peter Granwehr (gr), Philipp Hufschmid (phh), Karin Landolt (kal), Jann Lienhart (li), Thomas Münzel (tm), Peter Trösch (tr). **Kultur:** Angelika Maass (aa), Herbert Büttiker (hb), Stefan Busz (bu), Helmut Dworschak (dwo).

Abo-service

Zürcher Unterländer: Abo-service, Grenzstrasse 10, 8180 Bülach. Telefon: 0842 00 82 82, Fax: 0842 00 82 83, abo@zuonline.ch. **Preis:** Fr. 359.– pro Jahr. **E-Paper:** Fr. 185.– pro Jahr. **Lesermarketing:** René Sutter, Zürcher Regionalzeitungen AG, Garmarkt 1, 8400 Winterthur, Tel. 044 515 44 44, marketing@zrz.ch.

Umleitungen und Unterbrüche Fr. 6.– Bearbeitungsgebühr, kostenlos auf www.zuonline.ch/abo. Unterbrüche ab dem 1. Tag vergütet.

Verlag

Zürcher Regionalzeitungen AG, Seestr. 86, 8712 Stäfa.

Leitung: Robin Tanner.

Redaktion Marktplatz: Bernie Bernhard (bb).

Druck

DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Inserate

Bülach: Zürcher Regionalzeitungen AG, Grenzstrasse 10, 8180 Bülach, Telefon: 044 515 44 77, Fax: 044 515 44 79, inserate.unterland@zrz.ch.

Dübendorf: Glattaler AG, Marktgasse 2, 8600 Dübendorf, Tel. 044 515 44 99, inserate@glattaler.ch

Leitung: Peter Fasler.

Die Verwendung von Inhalten dieses Titels durch nicht Autorisierte ist untersagt und wird gerichtlich verfolgt.

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen der Zürcher Regionalzeitungen AG i.S.v.Art. 322 StGB: DZO Druck Oetwil a.S. AG.